

Kathrin Petz auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank am 24. Mai 2018 in Frankfurt

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Kathrin Petz, ich spreche für die Umwelt und Menschenrechts-organisation urgewald.

Wir begrüßen sehr die gerade vorgenommene Verschärfung der Richtlinie zu kontroversen Waffen, möchten Sie aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass es dringend weitere verbindliche Richtlinien im Rüstungsbereich braucht.

In Zeiten zunehmender Kriege und Bedrohungsszenarien weltweit, ist es auch für eine Bank notwendiger denn je, ein Rahmenwerk zu formulieren, mit der Frage, wie weit man an der weltweiten Aufrüstung, an Rüstungslieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten und an den höchst zweifelhaften Geschäftsstrategien von Rüstungsunternehmen, beteiligt sein möchte.

Einen aktuellen Krieg und die Verbindung zu drei Kunden der Deutschen Bank möchte ich kurz vorstellen:

Im Jemen bombardiert die von Saudi-Arabien geführte Golfallianz. Seit März 2015 hat diese knapp 17.000 Luftangriffe zu verantworten. Der Krieg im Jemen gilt laut UN mittlerweile als die derzeit schwerste und größte humanitäre Katastrophe der Welt. Über ein Drittel der Luftangriffe traf nach Schätzungen der UN zivile Ziele wie Bauernhöfe, Märkte, und Gesundheitszentren.

Bei den Luftangriffen wurde von Saudi Arabien auch der Eurofighter eingesetzt. Erst kürzlich hat Saudi Arabien den Vertrag für 48 weitere Kampfflugzeuge unterschrieben.

MTU Aero Engines und BAE Systems, beides Kunden der Deutschen Bank, sind am Bau des Eurofighters maßgeblich beteiligt.

Ein besonderer weiterer Fall ist der größte deutsche Rüstungsproduzent Rheinmetall. Rheinmetall setzt auf Internationalisierung, d.h. der Konzern nutzt seine Standorte im Ausland, um Munition oder ganze Munitionsfabriken an den deutschen Exportrichtlinien vorbei an Kriegsparteien und menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern. So ist zum Beispiel Saudi- Arabien ein guter Kunde von Rheinmetall. Wiederholt wurden Rheinmetall-Bombenteile nach Angriffen auf Zivilisten im Jemen gefunden. Auch Rheinmetall war in den letzten Jahren Kunde der Deutschen Bank.



Sehr geehrter Vorstand! Formulieren Sie endlich verbindliche Richtlinien, die die Finanzierung von Rüstungsgeschäften und Unternehmen ausschließen, die an kriegsführende oder menschenrechtsverletzende Staaten liefern.

Zu meinen Fragen:

- Der Sektor Raumfahrt und Verteidigung gehört auch nach Einschätzung der Deutsche Bank zu jenen Sektoren mit besonders hohen Risiken. Haben Sie intern weitere Richtlinien für den Bereich, wie die zu den kontroversen Waffen. Wenn ja, warum veröffentlichen Sie diese nicht?
- Wie viele Geschäfte haben Sie im letzten Jahr aufgrund ihrer intern geltenden Standards für Rüstungsgüter und Unternehmen geprüft und wie viele haben sie abgelehnt? Wenn sie Geschäfte abgelehnt haben, was war der Grund?
- Die neue Bundesregierung hat beschlossen, keine Rüstungsausfuhren mehr an Länder zu genehmigen, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Viele Rüstungsunternehmen, die in den letzten Jahren Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank unterhielten, produzieren außerhalb Deutschlands oder haben über Auslandsstandorte längst Möglichkeiten gefunden, Exportbeschränkungen zu umgehen und die Länder, die den Jemen bombardieren, trotzdem zu beliefern. Hat der Jemen-Ausschluss der Bundesregierung für die Deutsche Bank Konsequenzen, diese Unternehmen künftig nicht weiter zu finanzieren?

Gibt es vertragliche Klauseln der Deutschen Bank, die bei der Unternehmensfinanzierung von Mischkonzernen die militärische Sparte aussparen?